Merkblatt zum Vermögensverzeichnis (Stand: 15.01.2024)

I.

Umfasst die Betreuung die Vermögensangelegenheiten, ist das Vermögensverzeichnis vollständig auszufüllen und mit Belegen einzureichen.

II.

Umfasst die Betreuung nicht die Vermögensangelegenheiten, sind Vermögensangaben für die Berechnung der Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) sowie zur Feststellung, ob Vergütung oder Aufwendersersatz des Betreuers aus der Landeskasse oder dem Vermögen des Betreuten zu zahlen sind, erforderlich.

1. Gerichtskosten

a) Bei einem **Vermögen über 25.000,00 EUR**

fallen jährlich zu erhebende Gebühren an, die sich nach der Höhe des Vermögens d. Betreuten richten.

Die Höhe der Gebühr beträgt je angefangene 5.000,00 EUR des 25.000,00 EUR übersteigenden Vermögens 11,50 EUR. Die **Mindestgebühr** beträgt allerdings grundsätzlich **230,00 EUR** bzw. 100,00 EUR, wenn die Betreuung nicht länger als drei Monate andauert/e.

Bei Betreuungen, die nicht unmittelbar das Vermögen oder Teile des Vermögens zum Gegenstand haben, beträgt die Gebühr höchstens **300,00 EUR**.

Beispiele:

Bei einem Vermögen in Höhe von 37.500,00 EUR beträgt die Gebühr 230,00 EUR (Mindestgebühr)

Bei einem Vermögen in Höhe von 152.000,00 EUR beträgt die Gebühr 299,00 EUR
(152.000,00 EUR - 25.000,00 EUR = 127.000,00 EUR, dies sind 26 x angefangene 5.000,00 EUR x 11,50 EUR)

Hinzu kommen Auslagen z.B. für förmliche Zustellungen, Gutachter und Verfahrenspfleger.

Bei einem Vermögen unter **25.000,00 EUR bis 155.000,00 EUR** sind zur Kostenberechnung genaue Vermögensangaben erforderlich.

Bei einem Vermögen über **155.000,00 EUR**, reicht die Angabe „Es ist Vermögen über 155.000,00 EUR vorhanden“.

b) Bei einem **Vermögen unter 25.000,00 EUR aber über 10.000,00 EUR**

(aktueller sozialhilferechtlicher Schonbetrag für Hilfen nach dem 5. - 9. Kapitel des SGB XII; § 1 der Verordnung zu § 90 SGB XII - Stand 01.01.2023 -), sind von d. Betreuten lediglich anfallende Verfahrenspflegerkosten zu zahlen.

In diesen Fällen ist daher nur die Angabe des Gesamtvermögens erforderlich.

c) Bei einem **Vermögen bis 10.000,00 EUR** reicht die Angabe „Vermögen über 10.000,00 EUR ist nicht vorhanden“.

2. Vergütung/Aufwendersatz der Betreuer

Bestellte Berufs- oder Vereinsbetreuer erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Vergütung, die sich aus dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) ergibt. Ehrenamtliche Betreuer können grundsätzlich keine Vergütung, jedoch Aufwendersersatz oder eine Aufwandspauschale verlangen. In den Jahren 2024 und 2025 kann zusätzlich die Zahlung einer Inflationsausgleichs-Sonderzahlung verlangt werden. Ob die Vergütung bzw. der Aufwendersersatz bzw. die Aufwandspauschale aus dem Vermögen oder aus der Landeskasse gezahlt wird, hängt wie bei den Gerichtskosten vom vorhandenen Vermögen ab. Bis zu einem Vermögen von 10.000,00 EUR erfolgt eine Zahlung aus der Landeskasse, in allen anderen Fällen grundsätzlich aus dem Vermögen der betreuten Person.

Sollten noch Fragen offen sein, können Sie sich an das zuständige Amtsgericht wenden.